

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Oktober 1961

1) <u>Polen und der Moskauer Parteitag</u>	Seiten: 1
2) <u>GOMULKA's Interview für "Le Monde"</u>	6
3) <u>Aus den Parteiproblemen</u>	10
a) Parteikandidaten	10
b) Parteiwahlen	12
c) Parteiausschluß wegen Annahme von Geschenken	13
4) <u>Ist man in Polen deutschfeindlich</u>	13
5) <u>Glückwünsche ....</u>	15
6) <u>...und Verwünschungen</u>	16

## 1) Polen und der Moskauer Parteitag

Der letzte Parteitag der KPdSU war für die polnischen Kommunisten ein Ereignis von Wichtigkeit, aber keineswegs ein Wendepunkt. Der Rang eines Wendepunktes gebührt nach übereinstimmendem Urteil der polnischen Parteiführer und der polnischen Presse dem XX. Parteitag in Moskau. Die wichtige Rolle des vor wenigen Wochen abgeschlossenen Parteitages liegt dagegen darin, daß er die richtungsgebende Linie des XX. Parteitages kontinuuiert.

In den offiziellen Stellungnahmen befaßten sich die polnischen Kommunisten nicht mit der gesamten umfangreichen Problematik des letzten Parteitages. Viele Fragen von außerordentlicher Bedeutung für die Sowjetunion (wie z.B. wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwandlungen des Sowjetstaates) wurden in diesen Stellungnahmen kaum berührt. Die meiste Aufmerksamkeit widmete Warschau den Fragen, die für Polen besonders wichtig und interessant waren. Dazu gehört in erster Linie die erneute Verdammung des Personenkultes und die endgültige Abkehr vom Stalinismus. Es gab auch eine Reihe von Fragen, die für GOMULKA von zweitrangiger Bedeutung waren, die aber trotzdem eine Stellungnahme erforderten, weil dies im Interesse CHRUSCHTSCHOWS lag. Dazu gehörte wiederum das Problem der parteifeindlichen Gruppe und Albaniens.

Seit dem Tode Boleslaws BIERUTS (der mit dem XX. Parteitag zeitlich zusammenfiel) und dem Oktober 1956 ist in Polen der Personenkult kein Problem mehr. Die Entstalinisierung erfolgt dort schnell und gründlich in der Zeit zwischen Frühjahr und Herbst 1956. Als GOMULKA die Macht übernahm, war dieser Prozeß auf allen Gebieten des Lebens abgeschlossen. Es gab allerdings eine einzige Ausnahme: Der in stalinistischer Zeit und im stalinistischem Geiste geformte Parteiapparat. GOMULKA wagte nicht, diesen Apparat zu zerschlagen, weil er fürchtete, damit der ohnehin sehr geschwächten Partei den letzten Stoß zu geben. Das Problem der Entstalinisierung der Partei wurde von ihm langsam gelöst. Zunächst mußten nach und nach die Stalinisten, die nicht auf die neue Parteilinie einschwenken wollten, einflußreiche Posten in der Partei aufgeben. Später wurden die anderen Parteifunktionäre, die sich nur aus mehr oder weniger opportunistischen Gründen zur Linie des VIII. PZPR-Plenums (Oktober 1956) bekannten, allmählich von jungen Kräften abgelöst, für welche Stalinismus nur mehr ein historischer Begriff ist. Allerdings ist diese Ablösung der Stalinisten nicht konsequent zu Ende geführt worden.

Die ehemaligen Stalinisten in der Spitze der Partei, wie die Natolin-Fraktion im ZK und solche Spitzenfunktionäre wie Roman ZAMBROŃSKI, verloren den Einfluß. Die Entwicklung in der Sowjetunion und die frotschreitende Festigung der Position GOMULKAs nahmen ihnen jede Möglichkeit, eigene Politik zu machen. Die Gefahr einer stalinistischen Reaktion war in Polen schon längst vor dem XXII. Moskauer Parteitag endgültig begraben.

Dennoch verlor das Problem des Personenkultes für Polen und die polnischen Kommunisten nicht völlig an Bedeutung. Die Uniformität des kommunistischen Blocks hat in den letzten acht Jahren weitgehend nachgelassen, die Entwicklung in den einzelnen kommunistischen Ländern ist sehr unterschiedlich. In Warschau glaubt man, daß die vor Jahren begonnenen Umwandlungsprozesse im kommunistischen Lager am Ende zu einer allgemeinen Demokratisierung des kommunistischen Systems führen werden. Dennoch bleibt Polen von seinem östlichen Nachbarn abhängig, das wird auch in der Zukunft so bleiben (wie lange, läßt sich nicht voraussagen), und es besteht die Gefahr, daß eine unerwünschte Entwicklung Polen einfach aufgezwungen werden könnte. Darum betont man in polnischen Stellungnahmen zu den Ereignissen des letzten Moskauer Parteitages mit besonderer Genugtuung die Tatsache, daß es von nun an in der Sowjetunion Garantien gegen ein Wiederaufleben des Personenkultes gibt. Darüber schreibt die parteiamtliche "Trybuna Ludu" am 29. Oktober:

"...(der XXII. Parteitag)... bringt in die wichtigsten, grundgesetzlichen Dokumente der Partei, in das Statut und das Programm der KPdSU, kategorische Bestimmungen, die gegen den Personenkult gerichtet sind und eine strikte Einhaltung der Leninschen Normen sichern."

"Diese Bestimmungen sehen einen breiteren Zufluß neuer Kräfte als bisher in die Parteidienststellen und eine systematische Erneuerung ihrer Zusammensetzung vor, sie machen Konzentrierung einer zu großen Macht in den Händen eines einzelnen Menschen unmöglich, sie hindern die einzelnen Menschen daran, sich der Kontrolle der Partei zu entziehen."

Eine zweite Welle der Entstalinisierung, wie sie in der Sowjetunion durch den XXII. Parteitag notwendig wurde, hatte Polen nicht mehr nötig. Die Genugtuung darüber, ihren sowjetischen Genossen um Jahre voraus zu sein, mußten die polnischen Kommunisten sorgfältig verbergen.

Dafür gab es zwei wichtige Gründe.

Zuerst handelte es sich darum, die Sowjets nicht zu reizen. Die Sowjets bestehen darauf, die KPdSU als richtungsweisend für alle Kommunisten der Welt erscheinen zu lassen. Das, was in Polen geschah, galt in sowjetischen Augen als voreilig, als Vorwegnahme einer Entwicklung, die erst später einsetzen sollte. CHRUSCITSCHOW will auch den nichtsowjetischen Kommunisten Führer sein, und es wäre nicht ungefährlich für GOMULKA und Polen, ihm das offen zu bestreiten. Die Entwicklung in der Sowjetunion nach dem letzten Parteitag trägt dazu bei, das GOMULKA-Regime in Polen zu festigen, und es wäre von polnischer Seite unvernünftig, aus ambitionellen Gründen die eigene gute Position zu gefährden.

Die innerparteilichen und innenpolitischen Gründe sprachen noch stärker für Zurückhaltung in dieser Frage als die Rücksicht auf die Sowjets. Man muß sich vergegenwärtigen, daß sich in Polen die große Auseinandersetzung mit dem Stalinismus in der Zeit zwischen dem XX. Parteitag und dem sogen. polnischen Oktober, also zwischen Frühjahr und Herbst 1956 abgespielt hat. Das war die Zeit der großen Diskussionen in Presse und Rundfunk, in den Versammlungen der Arbeiter und Kulturschaffenden. Die Übernahme der Macht durch GOMULKA brachte die Verwirklichung eines Teiles der damals aufgestellten Forderungen, bedeutete aber gleichzeitig den Beginn einer allmählichen Einschränkung der Diskussion über STALIN und sein System. Der Name des Diktators wurde in den folgenden Jahren kaum erwähnt, man begnügte sich mit allgemein gehaltenen Hinweisen auf die "Ausschweifungen der Zeit des Personenkultes" oder gar die "Fehler der Vergangenheit".

Die große Diskussion des Jahres 1956 wurde von GOMULKA erstickt, weil sie für die Partei gefährliche Formen und Richtungen angenommen hatte. Von den "Revisionisten" in den Reihen der PZPR wurden damals Gedanken ausgesprochen, die sich gegen das Dogma der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei richteten. Wenn man eine neue Diskussion über Stalin und sein System jetzt zulassen würde, müßte man damit rechnen, daß sie dort beginnen würde, wo sie damals unterbrochen wurde. Das wäre gefährlich und man tut alles, um es zu verhindern. In der Grußbotschaft GOMULKAS an den XXII. Parteitag wurden STALIN und der Stalinismus nicht erwähnt, und in den Pressekonferenzen mied man ebenfalls den Namen des Diktators.

Die Leser der polnischen Zeitungen mußten schon die vollständigen Texte der CHRUSCHTSCHOW'schen Rede auf dem Parteitag vor Augen haben, wenn sie die neuen Enthüllungen über STALIN'S Verbrechen kennenlernen wollten. Das meiste, was über STALIN von anderen Rednern des Parteitages gesagt wurde, unterlag schon der Zensur der polnischen Behörden.

Diese Vorsicht der Warschauer Dienststellen ist auf die direkten Hinweise des Parteichefs zurückzuführen. GOMULKA wünschte nicht, daß man in der Öffentlichkeit die "alten Sachen" herumwälzt und dadurch die alte Stimmung in der Bevölkerung aufweckt. Die Reden CHRUSCHTSCHOWS durften allerdings nicht gekürzt und zensiert werden.

Obwohl die Aufmerksamkeit der polnischen Massen seit Monaten durch die gespannte internationale Lage stark beansprucht wird, verfolgt die Bevölkerung Polens mit Spannung die neue Welle der Abkehr vom Stalinismus in der Sowjetunion. Das alles spielt sich natürlich nicht in jener leidenschaftlichen Atmosphäre ab wie vor 5 Jahren. Inzwischen ist vieles gründlich geändert und verbessert worden. Das bedeutet aber nicht, daß die Massen in Polen keine Wünsche und Forderungen aufstellen würden, wenn man die Aussprache über den Stalinismus auffrischte.

Zunächst müßte man damit rechnen, daß die Massen ihre Unzufriedenheit darüber äußern würden, daß noch auf allen Stufen des Staats- und Parteiapparates Leute sitzen, die als Stalinisten gelten. Ob sie sich inzwischen zu "Leninschen Parteionormen" bekehrt haben oder nicht - das spielt für die Massen fast keine Rolle. Als GOMULKA vor fünf Jahren gerade die Macht übernahm, wurde unter der Bevölkerung eine Parole verbreitet: Für GOMULKA, gegen die Partei. Damals galten außer GOMULKA und einige seiner Leidensgenossen wie der jetzige Verteidigungsminister General Marian SPYCHALSKI - alle Parteifunktionäre als Stalinisten. Heute ist der Haß z.T. schon abgeklungen, aber noch immer gibt es im zentralen und provinziellen Apparat der Partei genug solche Figuren, wie beispielsweise den gegenwärtigen Leiter der wichtigen Verwaltungsabteilung des ZK, Kaszimierz WITLISZEWSKI, seinerzeit einer der erbittertesten Feinde des "polnischen Oktobers" und GOMULKAs.

Der polnische Parteichef ist aber trotz vieler menschlicher Unzulänglichkeiten ein integrierter Mann, dem alle sadistischen Rachegefühle fremd sind. Als Politiker hält er sich an das Prinzip, daß der Kampf gegen die Stalinisten nicht mit stalinistischen Methoden geführt werden darf. Nach dem Oktober weigerte er sich sogar, Prozesse gegen die Stalinisten zuzulassen (mit einer einzigen Ausnahme, als es sich nämlich um einige führende Funktionäre der Sicherheitspolizei handelte). Seinem ehemaligen Gegnern verweigerte er nie die Chance, sich zu "bewähren", wobei er von hohen Funktionären nicht als "Bewährung" verlangte, ganz von unten anzufangen, wie es sonst in anderen kommunistischen Staaten Brauch und Sitte ist. Die Perspektive, daß man von ihm wieder den "Kopf" vieler ehemaliger Stalinisten verlangen könnte, ist ihm ein Grauel.

Die polnische Öffentlichkeit könnte aber noch ganz andere Forderungen stellen als die Jagd nach Stalinisten. Es gibt Probleme, die in der Erinnerung des Volkes tief und schmerzhaft verwurzelt sind. Eines dieser Probleme ist die Frage der Ermordung von 12.000 polnischen Offizieren in Katyn. Es handelt sich dabei keineswegs um Berufssoldaten, sondern in der Mehrzahl um Reserveoffiziere, die im Zivilberuf Ärzte, Universitätsprofessoren, Schriftsteller, Künstler usw. waren. Dieses Verbrechen, begangen an Kriegsgefangenen, gehört zu den schändlichsten Taten des stalinistischen Regimes. Es gibt in Polen noch heute Tendenzen zu einer Untersuchung des Katyn-Massenmordes. Diese Forderung hat der westliche "Sender Freies Europa" in seinem polnischen Programm übernommen, was spürbare Reaktionen der polnischen Bevölkerung ausgelöst hat.

Eine der naheliegenden Befürchtungen der Kommunisten ist, die, daß die Wiederaufnahme der Diskussion über die Verbrechen der stalinistischen Ära auch die Frage der Teilnahme CHRUSCZYKOWS an solchen Verbrechen aufwerfen könnte. Solche Vorstellungen müssen GOMULKA wie ein Alptraum erscheinen. Nur dadurch lassen sich alle vorgenommenen Vorbeugungsmaßnahmen erklären.

Die Haltung GOMULKAs in der Frage der parteifeindlichen Gruppe und der albanischen Meuterer sollte hauptsächlich der Unterstützung der CHRUSCZYKOWSchen Position dienen. Das, was man offen als "persönliche Freundschaft" zwischen GOMULKA und CHRUSCZYKOW bezeichnete ist in Wirk-

lichkeit eine gut untermauerte Interessengemeinschaft, aus der beide Seiten Vorteile schöpfen. Solange CHRUSCHTSCHOW seine jetzige Grundlinie beibehält, wird ihm GOMULKA alle nur mögliche Unterstützung gewähren, auch wenn er dabei solche "Ungelegenheiten" wie die Berliner Krise und ihre Rückwirkungen auf Polen in Kauf nehmen muß. Unmittelbares Interesse an der Erörterung der beiden genannten Fragen bestand polnischerseits eigentlich kaum. Eine Auseinandersetzung mit MOLOTOW und seiner Gruppe interessiert Warschau wenig. Im Falle Albaniens könnte man höchstens darauf hinweisen, daß es zwischen Warschau und Tirana aus mehreren Anlässen zu Spannungen kam, einmal als den Albanern der Auftritt GOMULKA vor der UN als zu "lasch" mißfiel, ein anderes mal, als der albanische Botschafter in Warschau einen polnischen Missionsangestellten verprügelte und bei dieser Gelegenheit die ganze Wut auf GOMULKA-Polen auslud. Er wurde damals kurzerhand aus dem Lande gewiesen, ein beispielloses Ereignis im kommunistischen Lager.

Vor dem Parteitag unterstützte GOMULKA nach besten Kräften die Thesen CHRUSCHTSCHOWs in den beiden Fragen. Die Verdammung der albanischen Haltung erfolgte in der Rede GOMULKAs in sehr scharfer Form. Wie man heute weiß, versuchte GOMULKA gleichzeitig, zwischen Sowjets und Chinesen zu vermitteln. Ähnliche Versuche machte er schon in Bukarest und Moskau aus anderen Anlässen. Wie damals blieb er auch diesmal erfolglos. Die Chinesen schätzen seine Vermittlerrolle wenig und sie sollen das, wie aus gewissen Warschauer Kreisen verlautet, diesmal in ziemlich verletzender Form zu verstehen gegeben haben. Wie man GOMULKA kennt, wird er sich durch die Haltung der Chinesen nicht davon abhalten lassen, auch in Zukunft auf die Beseitigung der Differenzen zwischen den beiden kommunistischen Großmächten hinzuwirken. In dem sowjetisch-chinesischen Streit nimmt GOMULKA in der Sache die Partei CHRUSCHTSCHOWs, meidet aber sorgfältig unnötige Zuspitzungen. Vom Standpunkt der polnischen Interessen ist das die einzig vernünftige Haltung.

## 2) GOMULKA in "Le Monde"

In einem Gespräch mit dem Chefredakteur der Pariser Zeitung "Le Monde", das in dieser Zeitung erschien und kurz danach, am 13. Oktober, von "Trybuna Ludu" abgedruckt wurde, hatte der polnische Parteichef Gelegenheit, sich direkt an die breite französische Öffentlichkeit zu wenden. Einen wesentlichen Teil dieses Interviews bildeten naturgemäß die polnisch-deutschen Probleme.

Hierzu führte GOMULKA aus:

"Die Franzosen haben wie wir eine deutsche Besatzung erlebt, aber uns versuchte man, vollständig zu vernichten. Hitlers Absicht war die totale Ausrottung des polnischen Volkes, das können wir nicht vergessen. Es kostete uns das Leben von 20 % unserer Bevölkerung und 38 % unseres ohnehin bescheidenen Volksvermögens. Daher regiert Polen empfindlich auf alles, was nach dem Kriege in Deutschland geschieht. Wir stellen fest, daß der deutsche Militarismus dank der Hilfe der westlichen Staaten wieder aufgelebt ist. Die gesamte westliche Politik in der deutschen Frage muß unsere Unruhe wecken. Man darf nicht ausschliessen - ja, man muß es sogar annehmen - daß die Bundeswehr mit Kernwaffen ausgestattet wird, und daß die Bundesrepublik einen immer stärkeren Einfluß auf die Politik der Westmächte ausübt. Mit anderen Worten: Die Gefahr, die der deutsche Militarismus für den Frieden bedeutet, wächst immer mehr. Wir sind daher daran interessiert, diesen fatalen Lauf der Dinge zu stoppen...

Beeinflußt Westdeutschland die Kräfteverteilung in der Weltskala? Nein, es gibt zwei ausschlaggebende Mächte: Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Die Bewaffnung Westdeutschlands vergrößert nur die Kriegsgefahr. Die USA könnte auch allein Westdeutschland oder Westeuropa vor einem vermeintlichen Angriff schützen, auch wenn Westdeutschland nicht bewaffnet wäre...

Die Wiedervereinigung Deutschlands wird eines Tages durch die Geschichte und die Deutschen selbst vollbracht. Eines Tages, d.h. in geregelten Verhältnissen, nach Abschluß des Friedensvertrages, nachdem beide deutsche Staaten aus den Militärblöcken ausgetreten sind. Dann könnte eine Situation entstehen, in der sich diese beiden Staaten näher kommen. In der heutigen Situation entfernt aber jeder Tag diese Staaten weiter voneinander...

Fünfzehn Jahre nach der Beendigung des Krieges fand sich im Westen, außer General de Gaulle, niemand, der feststellte, daß die jetzigen Grenzen endgültig sind. Es ist eben der Westen, der für das Wiederaufleben des revisionistischen deutschen Militarismus die Verantwortung trägt."



Ein besonderes delikates Kapitel des Gespräches war die Frage der polnisch-französischen Beziehungen. Es handelt sich hier um zwei Länder, die in der Vergangenheit immer verbunden waren jetzt aber in zwei feindlichen Blöcken stehen und dennoch nach guten gegenseitigen Beziehungen streben. GOMULKA versuchte im Gespräch mit "Le Monde" die gefährlichen Klippen so gut es ging zu umsegeln:

"Wir haben wiederholt unsere Anerkennung für General de Gaulle ausgesprochen, besonderes im Zusammenhang mit seiner Erklärung, die unsere Grenzen betrifft. Gleichzeitig aber sehen wir in seiner Politik gegenüber Deutschland ein Hindernis auf dem Wege zur Lösung dieses Problems. Ich erinnere mich an die mehrmaligen Äusserungen General de Gaulles gegenüber unseren diplomatischen Vertretern, in denen er die Ansicht ausdrückte, daß die Wiedervereinigung Deutschlands heute unmöglich ist. Nichts desto weniger ist seine offizielle Haltung anders. Wir führen keine doppelte Politik und darum sagt uns diese Handlungsweise nicht zu..."

Wir wünschen uns die besten Beziehungen zu Frankreich. Eine gewisse Rolle spielen hier auch die historischen Überlegungen. In der Vergangenheit hat uns doch sehr viel verbunden. Wir möchten, daß auch unsere jetzigen Beziehungen gut sind."

GOMULKA plädierte für Koexistenz und eine friedliche Entwicklung Polens:

"Die sozialistischen und kapitalistischen Staaten müssen miteinander koexistieren. Wenn dieses Ziel erreicht ist, werden sich die Differenzen zwischen Kommunisten und anderen gesellschaftlichen Kräften in der Welt abschwächen. Der ideologische Kampf wird selbstverständlich bleiben, weil niemand imstande ist, ihn aufzuhalten. Die Gegensätze werden aber immer weniger scharfe Formen annehmen."

über die innere Entwicklung Polens sagte GOMULKA:

"Wir wollen den Menschen die Freiheit sichern, wir wollen ihnen eine möglichst breite Demokratie geben und eine völlig freie Entwicklung der Persönlichkeit garantieren. Wir verwirklichen das schon jetzt und wollen es in der Zukunft in einer noch intensiveren Form realisieren."

Diese Feststellung GOMULKAS ist interessant, weil sie eine Wechselbe-

ziehung zwischen den Begriffen der friedlichen Koexistenz und der demokratischen Entwicklung des kommunistischen Systems konstruiert. Das macht fast den Eindruck, als ob GOMULKA durch diese Äusserung dem Westen zu verstehen geben wollte, daß er durch sein Verhalten die Entwicklung in Polen und anderen Ostblockländern mitbestimmen kann. Gleichzeitig sieht es wie ein Versuch aus, die westliche Öffentlichkeit zu beruhigen. Je mehr sich der Westen mit den kommunistischen Staaten arrangiert, um so friedlichere und demokratischere Kommunisten werde er im eigenem Bereich vorfinden.

Den Wert dieser Suggestion GOMULKAS darf man nicht überschätzen, da er die Entwicklung des gesamten Ostblocks nur in einem geringen Grade mitbestimmen kann. Sie ist aber deshalb von Interesse, weil sein Wille für die Entwicklung in Polen ausschlaggebend ist. Die Ansage eines weiteren Ausbaus der Freiheit in Polen ist daher durchaus ernst zu nehmen, wenn auch die Zukunft, von der GOMULKA spricht, unbestimmt ist. Außerdem ist die von GOMULKA aufgestellte Korrelation zwischen Koexistenz und dem Ausbau der demokratischen Einrichtungen im kommunistischen Block auch in den Augen CHRUSCHTSCHOWS keine Ketzerei. Dazu sind die Kontakte, die Zusammenarbeit zwischen Moskau und Warschau viel zu eng, dafür spricht auch die wohlwollende Aufnahme des Interviews von GOMULKA in der Sowjetunion.

Relativ viel Platz nahmen in den Äusserungen GOMULKAS die Fragen der Beziehungen zwischen Kommunismus und Katholizismus ein. GOMULKA sagte u.a.:

"Die Religion ist bei einem großen Teil der Bevölkerung tief eingewurzelt. Es wäre unsinnig, mit Hilfe administrativer Mittel eine Änderung der Mentalität und des Glaubens herbeizuführen. In Polen ist die Propaganda des Atheismus viel schwächer als in vielen westlichen Ländern...

Die Tatsache, daß unser Volk in seiner Mehrheit gläubig ist und gleichzeitig die Politik der Volksregierung unterstützt, widerspricht keineswegs unserer Ideologie."

Es wäre hier daran zu erinnern, daß vor drei Jahren von der Partei offiziell festgestellt wurde, daß auch ein gläubiger Christ Mitglied der Partei sein kann und die Teilnahme an den religiösen Praktiken kein Grund für Parteiausschluß ist.

"Zwischen unserem gesellschaftlichen System", sagte GOMULKA, "zwischen unserer Politik und dem religiösen Glauben gibt es keinen Widerspruch. Wer in die Kirche gehen will, soll es auch ruhig tun. Wir wünschen lediglich nicht, daß man die Kirche dazu benützt, um den Sozialismus zu bekämpfen. Wenn man in allen kapitalistischen Ländern solche Mittel gegen Systemgegner, gegen die Kommunisten verwenden würde, wie wir es gegenüber der Opposition in Polen tun, würden die Kommunisten sich dort ausgezeichnet fühlen. Bei uns fallen keine Köpfe."

### 3) Parteiprobleme

#### a) Parteikandidaten

Während der letzten zweieinhalb Jahren wurden relativ viele Kandidaten in die Partei aufgenommen. Fast jedes fünfte Mitglied ist ein Kandidat, d.h. er ist erst kurzfristig eingeschrieben und genießt noch nicht alle Rechte eines Vollmitgliedes. Auch unter den Vollmitgliedern gibt es schon eine ansehnliche Zahl von solchen, die erst während der letzten fünf Jahre in die Partei eintraten. Mit jedem Jahr wird der Anteil der neuen größer, mit jedem Jahr vermindert sich die Zahl jener Mitglieder, die in der stalinistischen Zeit der Partei angehörten.

Man macht sich gerade mit den neuen Kräften viel Mühe. Sie sollen eines Tages auch die letzten Überreste der alten stalinistischen Funktionäre in den Parteiämtern ablösen. Die Mentalität dieser Menschen soll dem neuen Geist des Parteilebens besser entsprechen, als es bei den alten Mitgliedern, die eine stalinistische Parteischnle hinter sich haben, der Fall sein kann.

Die guten Vorsätze einer intensiven Vorbereitung der Kandidaten für ihre künftigen Parteipflichten können aber nicht immer erfüllt werden. Vorge-  
sehen sind drei Formen der Parteiarbeit mit Kandidaten: Parteischulung, Zuteilung konkreter Parteiaufgaben und Aufrechterhaltung eines ständigen Kontaktes zwischen dem Parteiaktiv und den Kandidaten. In der Parteiorganisation der Wojewodschaft Danzig nahmen aber nur 55 % der Kandidaten an der Parteischulung teil, zwar mehr, als im vergangenen Jahr (30 %), aber immer noch nicht genug. Konkrete Parteiaufgaben bekamen wieder nur 60 % der Kandidaten, und die Kontakte mit dem Parteiaktiv wurden statistisch nicht erfaßt.

Festzustellen ist also, daß die Arbeit mit Kandidaten, der so große Bedeutung zugemessen wird, noch immer erhebliche Lücken aufweist.

Daß es mit der neuen Garde der Partei nicht immer zum Besten bestellt ist, beweist die Beschreibung des Aufnahmezeremoniells in einer der großen Warschauer Fabriken.

"Die Mitglieder des Fabrikkomitees waren schon durch lange Beratungen ermüdet und dachten nicht daran, für diesen Punkt der Tagesordnung viel Zeit zu verschwenden. Nur Genosse Z. spielte einen Übereifrigen und durch seine unbotmäßige Neugier verlängerte er die Versammlung. Und wozu? In den vergangenen Jahren hatte die Parteiorganisation der Fabrik keinen allzugroßen Zustrom von Kandidaten. Jetzt hat sich ihre Zahl vergrößert und es wäre unsinnig sie durch allzustrange Anforderungen abzuschrecken...

'Sie haben Volkswirtschaft studiert, sind ein gebildeter Mann', meinte der unermüdete Genosse Z. 'Vielleicht sagen Sie uns etwas über den Entwurf des Parteiprogramms der KPdSU.'

Ein allgemeines Achselzucken. Beim Kandidaten, weil er nicht weiß, was er antworten soll und bei den Mitgliedern des Komitees, weil sie nicht einmal verbergen wollen, was sie über die überflüssige Ausfragerei denken.

'Interessieren Sie sich für gesellschaftliche Arbeit' fragte Z.

'Nehmen Sie an der gewerkschaftlichen Arbeit teil?'

'Wir werden ihn in die Partei aufnehmen, dann wird er schon Interesse daran finden' wandte jemand schnell ein.

Er würde aufgenommen. Nun kommt der nächste.

'Haben Sie das Statut der Partei gelesen, kennen Sie Rechte und Pflichten eines Mitgliedes?'

Er hat es nicht gelesen. Niemand sprach mit ihm über die Pflichten eines Parteimitgliedes.

'Lesen Sie Zeitungen?'

Schweigen tritt ein. Der Direktor wirft ein:

'Aber Genosse, was erwarten Sie von einem Arbeiter? Die Partei wird ihn schon erziehen.'"

(Laut "Trybuna Ludu" vom 24. 10. 1961)

## b) Parteiwahlen

Bei den kommenden Wahlen zu den Parteinstanzen will man eine veränderte, "demokratisierte" Wahlordnung verwenden. Bei den letzten Parteiwahlen galt eine Wahlinstruktion vom Jahre 1957. Die übergeordnete Parteinstanz legte der Wahlversammlung eine Liste der Kandidaten für die zu wählenden Parteiämter vor. Die Mitglieder der Versammlung durften ihre eigenen Kandidaten auf die Liste setzen, deren Namen dann auf weitere Plätze auf der Liste gesetzt wurden. Die Wähler konnten dann Namen aus der Liste streichen. Taten sie es nicht, so galten die ersten Namen als gewählt. Diesen Wahlmodus hat man damals verwandt, um in den bewegten Zeiten nach dem Oktober eine Konsolidierung der Partei zu erleichtern. Wie im Falle der Parlamentswahlen versuchte man auch in den Parteorganisationen, die Wähler zu überreden, die Zettel ohne Streichungen abzugeben.

Heute fühlt sich die Partei schon stark genug und man befürchtet nicht mehr, daß die Parteiversammlung irgendwelche mißbeliebige Kandidaten aufstellt. Die von dem Wahlausschuß vorgelegte Kandidatenliste darf also auch diesmal von den Mitgliedern der Wahlversammlung durch neue Namen ergänzt werden, die aber nicht am Ende der Liste stehen, sondern alphabetisch eingeordnet werden. Unmittelbar vor dem Wahlvorgang sieht also der Wahlzettel mit Kandidatennamen ganz anders aus, als vor vier Jahren, man kann nicht auf den ersten Blick unterscheiden, welche Kandidaturen schon vor und welche während der Parteiversammlung aufgestellt wurden. Der Wähler darf keinen unberührten Zettel abgeben, weil seine Stimme dann ungültig würde. Er muß also Streichungen vornehmen und soll dabei nicht beeinflusst werden. Mit anderen Worten: Der Wähler kann sich nicht passiv verhalten, man erwartet und fordert von ihm eine Stellungnahme. Man hofft dadurch, bei den Mitgliedern das Verantwortungsgefühl für die Geschicke der Partei zu stärken.

Die Entscheidungsfreiheit der Wähler soll also bei den kommenden Wahlen vergrößert werden. Allerdings werden schon jetzt Befürchtungen ausgesprochen ("Trybuna Ludu" vom 14. Oktob.), daß "man sich in zahlreichen Fällen - um es milde zu sagen - keine allzugroßen Sorgen um den demokratischen Verlauf der Wahlversammlung macht... Davon zeugt unmißverständlich die Zahl der Versuche, die Kritik zu unterbinden, die Respektlosigkeit gegen das Aktiv, die Geringschätzung der öffentlichen Meinung in der Partei."

Diese Kritik zielt gegen die sogen. "Bonzen", die eine weitverbreitete Schicht selbstgefälliger, unduldsamer und volksfremder Funktionäre in den mittleren und unteren Instanzen der Partei sind und als eines der unglücklichsten Überbleibsel der stalinistischen Zeit gelten. Das Parteiblatt empfiehlt in Fällen von Mißachtung der Wähler durch diese Gruppe eine taktvolle Einschaltung der übergeordneten Instanz.

#### c) Parteiausschluß wegen Geschenkkannahme

Der Direktor einer Süßwarenfabrik in der Wojewodschaftshauptstadt Lublin wurde aus der Partei ausgeschlossen, weil er von seinen Untergebenen zum Geburtstag wertvolle Geschenke angenommen hat. Die Angestellten und Arbeiter mußten je 300 Zloty besteuern, um dem Herrn Direktor einmal einen Pelzmantel, in einem anderen Jahr einen Anzugstoff zu kaufen. Diese 300 Zloty bedeuteten etwa 15 bis 30 % der monatlichen Löhne dieser Beschäftigten.

Bei den teuren Geschenken für die Vorgesetzten handelt es sich um eine weit verbreitete Unsitte Nachkriegspolens. Bei den niedrigen Löhnen der Werktätigen bedeutete diese Unsitte für sie eine starke finanzielle Belastung. Der Fall des Lubliner Direktors ist ein weiteres Anzeichen des Kampfes gegen solche Formen der Ausbeutung und Korruption.

#### 4) Ist man in Polen deutschfeindlich?

In einem größeren Artikel beschäftigt sich mit dieser Frage die parteiamtliche "Trybuna Ludu" vom 8. Oktober. Die Behauptung von der Deutschfeindlichkeit der Polen wird nach Ansicht des Blattes durch die offizielle, offiziöse und inoffizielle Propaganda Westdeutschlands im westlichen Ausland verbreitet. Da sie den Anschein der Wahrheit besitzt, wird sie akzeptiert und manchmal unbewußt kolportiert, schreibt "Trybuna Ludu".

"Es war eine sehr bequeme und wirksame Methode, eine sachliche Diskussion (über die Entwicklung in der Bundesrepublik) durch Einflüsterungen über die "Deutschfeindlichkeit der Polen" beseitigen zu schieben...

Sollen wir hier noch einmal die ganze Bilanz der Opfer, Verluste und Grausamkeiten des Nazigesindels in Polen wiederholen? Eines Nazigesindels, das jeder Durchschnittspole wegen seiner persönlichen Erfahrungen mit dem Adjektiv 'deutsch' versah. Weil man ihn fünf Jahre lang in der deutschen Sprache beschimpfte, weil es die

Sprache der Henker und Verfolger war, weil in dieser Sprache die Exekutions-kommandos erklangen...

Wir hatten mit dieser Angelegenheit jahrelang eine Menge Sorgen. Es sollte verhindert werden, daß unser Volk ein Gleichheitszeiten zwischen 'nazistisch' und 'deutsch' stellt...

Noch heute ändert in unseren Redaktionen der aufmerksame Redakteurbleistift manchmal fast automatisch die Formulierungen: 'Deutsche Verbrechen' in 'nationalsozialistische Verbrechen'. Diese Geste ist das Symbol einer ausdauernden, mühsamen, oft undakbaren, aber richtigen und notwendigen erzieherischen Aktion!.. Sie war notwendig, damit das Volk, besonders die junge Generation, frei von Chauvinismus und Nationalismus bleibt, eben damit die Polen nicht deutschfeindlich sind...

Wir sind nicht deutschfeindlich und wir sind sogar der Meinung, daß die schlimmsten und schwersten Erfahrungen die Verbreitung und Festigung des Chauvinismus und des Hasses und der Rachegefühle in unserem Volke nicht rechtfertigen... Wir meinen, daß solche Gefühle zu hegen und sie verbreiten nicht nur für die internationalen Beziehungen, sondern auch für das eigene Volk schädlich wäre...

Wir sind dagegen antinazistisch und antirevisionistisch. Wir sind gegen die Abenteurer von der 'Soldaten-Zeitung' und gegen diese Nonnmaeklugen, die der Ansicht sind, daß man die revanchistischen deutschen Ziele durch die Integration dieser ihrer Vertreter in Schlüsselpositionen der NATO heute bändigen kann."

Die Entstehung der "DDR" habe eine neue Situation geschaffen:

"Wir erwähnten, wie schwer und undakbar es war, bei uns gegen die 'deutschfeindlichen' Gefühle zu kämpfen. Glaubt ihr etwa, daß die Partei und die Regierung der DDR es leicht hatten, den polenfeindlichen Gefühlen in ihrem Lande entgegenzutreten? Ihr werdet fragen wieso polenfeindliche Gefühle unter den Deutschen? Wir waren doch schliesslich diejenigen, denen Unrecht getan wurde. Darauf gibt es eine Antwort: Schaut euch in der Bundesrepublik um, und ihr werdet diese Gefühle in voller Blüte vorfinden..."

Die Grenzfrage hat hier die Rolle eines Hilfswerkzeuges gespielt.

Die DDR hat jedoch diese Mühe auf sich genommen. Dort belehrt man die Kinder über die nazistischen Verbrechen gegenüber Polen... dort hat die Regierung die Grenze anerkannt und akzeptiert...

Wir nehmen nicht an, daß schon alles getan wurde damit in der DDR alle nationalistischen Gefühle... verschwunden sind. Solche Wunder gibt es nicht. Nichts in der Welt läßt sich durch die Berührung eines Zauberstabes erledigen. Wichtig ist die Richtung, in der sich die Situation entwickelt, wichtig ist das gestellte Ziel und seine Konsequente Verwirklichung...

Wir glauben nicht - und das wiederholten wir mehrmals - daß es gute und schlechte Nationen gibt. Es gibt gute und schlechte Ideen, Systeme, Politik...

Das deutsche Volk war durch viele Generationen mit schlechten Ideen gefüttert, in schlechten Systemen erzogen, durch schlechte Politiker geführt. Auch unsere bittersten historischen Erfahrungen dürfen uns nicht verblenden. Wir kennen die sprichwörtlichen Vorzüge dieses Volkes: Seinen Fleiß, seine Sparsamkeit, seine technischen Begabungen, seine großen kulturellen Traditionen, eine Jahrhunderte andauernde tiefe humanistische und fortschrittliche Strömung...

Wir glauben, daß eines Tages diese Kräfte über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden werden. Und deswegen sind wir nicht deutschfeindlich."

##### 5) Glückwünsche

Unter sanftem Druck Moskaus ( so heißt es aus zuverlässigen Quellen) entschloß sich Warschau in den letzten Monaten, etwas dazu beizutragen, die nicht sonderlich herzlichen Beziehungen zum ULBRICHT-Staat zu verbessern. Der Pankower "Nationalfeiertag" lieferte eine gute Gelegenheit dazu.

Die polnische Delegation bei den Pankower Feierlichkeiten wurde diesmal nicht vom Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ geführt, der sich noch vor wenigen Jahren als eingeladener Gast ULBRICHTs in Pankow unschöne Zurücksetzungen und versteckte Angriffe gefallen lassen mußte, sondern von einem Routinier in Sachen wirtschaftlicher Zusammenarbeit der Ostblockstaaten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten JAROSZENICZ, der nicht zur ersten



Warschauer Garnitur zählt.

Er versicherte den Pankower Partei- und Regierungsspitzen, daß "das polnische Volk besonders interessiert ist, daß sich die DDR immer mehr entwickelt und festigt und ein immer stärkeres Bollwerk aller demokratischen und friedliebenden Kräfte in Deutschland wird." "Polen weiß es besonders zu schätzen, an seiner westlichen Grenze einen friedlichen und freundschaftlich eingestellten Nachbarn zu haben."

In Warschau weiß man ganz genau, daß die Beziehungen zu Pankow nicht sonderlich gut werden, solange ULBRICHT an der Spitze der Partei und des Staates steht. Eine Hoffnung auf ein baldiges Verschwinden ULBRICHTs hat man in Warschau nicht. Man glaubt, daß er vorläufig Rückendeckung durch CHRUSCHTSCHOW hat und in dieser Situation mit jeder Parteiopposition fertig werden kann. Ein offener Aufstand der Massen wird nicht für möglich gehalten, zumal starke sowjetische Truppen in Mitteldeutschland stehen. Warschau bleibt also in der nächsten Zeit nichts anderes übrig, als sich mit ULBRICHT so gut wie möglich zu arrangieren. Angestrebtes Fernziel bleibt indessen eine wirkliche Normalisierung der Beziehungen.

#### 6) ... und die Verwünschungen

Am 8. Oktober wurde im östlichen Teil Polens in Gegenwart GOMULKAs ein neuerbauter Kanal in Betrieb genommen. Der Parteichef hielt aus diesem Anlaß eine Ansprache, in der er sich auch mit internationalen Problemen befaßte. Ziel seiner Angriffe wurde dabei die Bundesrepublik.

"Die Haltung der Bundesregierung" - meinte der I. Sekretär der PZPR - "die Haltung der westdeutschen Revanchisten, Militaristen und Revisionisten ist das Haupthindernis für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Sie wollen nichts davon hören, erpressen die Westmächte durch verschiedene Drohungen, wenn diese den sowjetischen.. Vorschlägen entgegenkommen wollen...."

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß ohne einem mit beiden deutschen Staaten geschlossenen Friedensvertrag sich das Ziel einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht nähern sondern entfernen wird. Ohne den westdeutschen Verzicht auf Militarismus, Revanche und territoriale Ansprüche ... wird es keine Perspektiven auf Wiedervereinigung geben..

Die Bestätigung der aktuellen Grenzen Deutschlands mit anderen Staaten, also auch unserer Oder-Neiße-Grenze, ist nicht das wichtigste. Sie ist auch ohne den Friedensvertrag gesichert... Eine Sanktionierung der bestehenden Grenzen Deutschlands durch den Friedensvertrag wird jedoch eine große Bedeutung für den Frieden haben, weil dadurch den westdeutschen Revisionisten und ihrer revanchistischen Propaganda der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

GOMULKA gab am Schluß seiner Ansprache der Hoffnung Ausdruck, daß in westlichen Regierungskreisen die Vernunft Oberhand gewinnen wird und die ohnehin nachlassende internationale Spannung einer friedlichen Lösung weichen wird.